

In der Hauptexpedition oder deren Niederlassungen... bei monatlicher Abnahme 3.00, bei vierteljährlicher 8.00, bei halbjährlicher 15.00, bei jährlicher 30.00.

Redaktion und Expedition: Johannstraße 2, Leipzig, 108 a. 222.

Hilfs-Expeditionen: Alfred Bode, Buchhandlung, Universitätsstraße 14, Leipzig, 108 a. 222.

Haupt-Postamt Dresden: Markstraße 34, Dresden, 101. 1713.

Haupt-Postamt Berlin: Carl von der Sagan, Buchhandlung, Silesienstraße 10, Berlin, 101. 463.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlich Land- und des Königlich Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

die 6spaltige Zeitzeile 25 J.

Reklamen unter dem Rubrikationszeichen (Kspalten) 75 J. vor den Hauptausgaben (Kspalten) 50 J.

Extrablätter (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Beifolgebildung 40 J., mit Beifolgebildung 40 J.

Abend-Ausgabe: mittwochs 10 Uhr, Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 6 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von G. Volk in Leipzig (Dr. Victor Hinrichs & Co.)

## Das Wichtigste vom Tage.

Der Zustand des Herzogs Friedrich von Anhalt hat sich einem Sonnabend mittag in Ballenstedt verschlechtert. Er befindet sich in einem kritischen Zustand.

Der Sieg des französischen Ministerpräsidenten Combes in der letzten Sitzung der Kammer wird von der gesamten Pariser Presse als ein Schlag für den reaktionären Nationalismus und den Militarismus charakterisiert.

Die Berliner diplomatische Kurve wird behauptet, daß Rußland und Japan sich vorläufig ohne jede konkrete Hilfe verständigen werden.

Die ganze Stadt Kalesund an der Westküste von Norwegen ist ein Raub der Flammen geworden.

## Aus der Woche.

Der Sturm der Wollen hat die Gemüter über die beste Methode der Volkserziehung debattierenden aus ihrer überlegenen Selbstsicherheit aufgeschreckt; mitten in den schier unendlichen Reigen der Interpellationen sind die Schreckensposten aus Südwesterrika hineingepostet und haben fast das Wortrecht von den Reichstagen verloren. Das was manchen von ihnen, denen der populäre Politiker wendendemandler ist als der Staatsmann, eine höchst unvollkommene, unerschütterliche Unterredung gemessen sein; aber man wird doch, wenn man den Sinn der Vorgänge nicht fassen will, anerkennen müssen: Sie haben sich mit Anhalt aus der Mithras gezogen. Sogar mit einem ganz anscheinlichen Vorwand. Was man in einzelnen auch zu erkennen haben möchte: die kurze Debatte, die am Dienstag unter dem unheimlichen Titel „Nachtrag über die Südwesterrika“ gepflogen wurde, gebot zu dem Würdigen, was mir seit geraumer Weile im Hause Wallats erlitten. Es ging ein Zug von Schicksal, von wortspendender Selbstverwirklichung durch die Erörterung, der leider nicht immer wahrzunehmen war, wenn in deutschen Reichstagen über unerlässliche nationale Erwerbserfolge verhandelt wurde. Und von der Anerkennung soll diesmal auch die Sozialdemokratie nicht ganz abgesehen werden. Zwar August Bebel, dem man am ehesten gerecht wird, wenn man ihn psychologisch nimmt, hielt auch hier wieder eine seiner widerwärtigen Reden, die eine so unausführliche Feindschaft gegen Wahrheit und Gerechtigkeit almen. Aber nachdem er sich ausgetobt und die ausfälligen, deutestigen Reden ohne Sentimentalität und ohne alle Apparatik, frei und fromm in beider Freiheitshelden umgeändert hatte, gingen seine Parteigenossen bei der Abstimmung einfach über ihn hinweg. Sie stimmten zwar nicht für die geforderten Kredite — so hoch darf der Reichstag nach Dresden noch nicht das Haupt erheben —, aber sie stimmten auch nicht dagegen, und so kann man immerhin sagen, daß in erster Stunde auch die Vertretung des deutschen Volkes Ernst und Gewissenhaftigkeit gezeigt habe. Bei der hinterher so viel erörterten Interpellation über die russischen Polizeipolizeie hat sich dann freilich bald darauf ein anderes Bild ergeben; da haben die Sozialdemokraten geklärt wie in den tollsten Tagen des Volkstums, und Bebel, der ohnehin neuer eine Unfähigkeit im Reden entfaltete, die fast auf Uferlosigkeit schließen läßt, hat bei der Gelegenheits sich seinem sogenannten „Temperament“ herkömmlicherweise gestelkt. Er hat sich dann freilich bald darauf ein anderes Bild ergeben; da haben die Sozialdemokraten geklärt wie in den tollsten Tagen des Volkstums, und Bebel, der ohnehin neuer eine Unfähigkeit im Reden entfaltete, die fast auf Uferlosigkeit schließen läßt, hat bei der Gelegenheits sich seinem sogenannten „Temperament“ herkömmlicherweise gestelkt.

zu bestimmen, wen sie für „verdächtig“ halten, so ist es an sich schon gern möglich, daß unter Umständen sehr christliche und harmlose Leute der russischen Welt zum Opfer fallen. In der Besetzung ist Rußland — der das schreibt, hat es am eigenen Leibe erfahren — das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“, und der Sprecher der nationalliberalen Partei war darum im Rechte, als er zwar nicht in die politische Entrüstung der Sozialdemokratie mit einstimme, aber auch nicht, wie der konservativ, vor freudigem Entzücken überlief. Die Sache hat eben ihre zwei Seiten, und darum sollte sie zweimal und nachdrücklich geprüft werden.

Das war aber so ziemlich das einzige Mal, daß Regierung und Sozialdemokratie hart aneinander gerieten. Sank haben sie sich in der letzten Woche merklich gut vertragen. Als man dieser Tage in der Budgetkommission den Etat des Reichsministers des Innern beriet und dabei auf die Wurzeln der Sozialdemokratie sprach, brachte der „Jubiläum“ der Sozialdemokratie, Herr Paul Singer, der am letzten Sonnabend sozusagen in Rußland 10 Jahre als Genosse in, dem Grafen Poladomsky seine Genehmigung über die von der Regierung zur Bekämpfung der Seuche unternommenen Schritte aus, und bei den Debatten über die Kaufmannsgerichte, die man am Mittwoch und Donnerstag im Plenum plog, waren abermals aus der Mitte der Sozialdemokratie Worte gelindert. In der Mitte der Sozialdemokratie Worte gelindert. In der Mitte der Sozialdemokratie Worte gelindert. In der Mitte der Sozialdemokratie Worte gelindert.

eine nebenläufige Bemerkung. Der Minister hatte zuerst die wiederkehrende günstige Konjunktur begrüßt, die wider Erwarten die Staatskassen von neuem gefüllt und das Defizit vermindert hätte. Dann kam er auf seine amerikanischen Erfahrungen zu sprechen — Herr v. Rheinbaben war im vorigen Sommer ein paar Wochen „drüben“ — und rief, ganz wie Herr Müller das zu tun pflegt, zu Trade- und Kreditattributionen, zu einer Zusammenhaltung der Kapitalien und der Unternehmungen, um so besser und geschützter den großen Kapital- und Geschäftskonglomeraten des überseeischen Westens gegenüberzutreten zu können. In diesem Zusammenhang fiel das Wort: die Industrie sollte doch auch die Förderung des inneren Marktes nicht vergessen. Der sei auf alle Fälle zuverlässiger, als die Märkte des Auslandes; wer durch Zollschutz die Landwirtschaft wieder aufnahmehaft mache, werde am letzten Ende auch am zuverlässigsten der Industrie. Aus diesen Sätzen, die, so wie sie gesprochen wurden, durchaus einwandfrei sind, haben manche Leute herausgehört, Herr v. Rheinbaben habe agrarischen Programmforderungen nicht fern, und da er ohnehin vielen als der „kommende Mann“ gilt, erlösen ihm schon da und dort feierliche Oden. Wie weit diese Hoffnungen begründet sind, läßt sich fürs erste noch nicht beurteilen. Doch der Finanzminister hat für eine Überhebung der Totalitarer ausgedrückt, ist zwar auch kein gerade erfreuliches Symptom; aber es reicht noch nicht aus, den Mann zu verdammen. In der Erziehung hat er sich viele Verdienste erworben, und von allen, die nicht unmittelbar selbst in die Erwerbsinteressen verflochten sind, heißt der heile Segenswunsch auf, daß er bewahrt bleiben möge und daß Zeit und Umstände es bald verhalten, die Leidenschaft, die der Ruf nach Ruhe und Ruhe angepöchtelt hat, wieder zu glätten.

Auch brauchen wir — hier muß man sagen: noch — Freie. Auf dem Weltmarkt gibt man noch immer das alte Wort: „Die russische Frage“; aber es macht nicht mehr Sensation. Seit die erfindlichen Köpfe des „Heisterischen Bureau“ angefangen haben, hat schwarz rot zu malen, gar nicht mehr. So ungemein friedlich läßt es sich jetzt aus London blättern, daß es nicht ganz leicht ist, dieses plötzliche Verstummen in die Dunkelheit des russisch-japanischen Streits so unbedingt zu stellen. Entschädende Änderungen in Chinas selbst geben nicht den Grund zu der jetzt in London beliebten völlig veränderten Auffassung. Was sich wirklich geändert hat, ist nur die englische Berichterstattung. In Chinas selbst aber hat sich sogar durch die heisse Lage in Suan eine neue Möglichkeit zu allerhand Vermutungen aufgetan. Immerhin bietet der Umstand, daß dort alle Großmächte vertreten sind und bis zu einem gewissen Grade interessiert sind, eine Gewähr dafür, daß alles angeboten werden wird, der Schwärzerei Herr zu werden.

Auf dem ersten Hintergrund dieses Weltbildes toben sich einermachen erheblicher die neuesten Aufregungen der Franzosen ab. Der „Hall des Jor“ hat eine Reihe der wunderbarsten nationalpolitischen und territorialen Interessen ausgelebt. Der „Grenzbild“ Turinas, der in Nancy mit den Senen identisch um die Errettung Polsterung vom deutschen Joch und Frankreich vom Ministerium Combes betrie, und Herr Frankräich, vom dem die Nationalisten die Legende verbreiteten, er werde zum großen Tage des Kobs Deslor selbst aus dem Exil nach Paris eilen, das nämlichen Deslor, der ihn einst einen Jbioten hieß — das ist das Frankreich der letzten Woche...

Juristen haben z. B. die zweite Volkswahlprüfung nie als vollständig höheres Examen anerkannt, obwohl sie nach Inhalt und Form vollen Anspruch darauf hat. Hier liegen sich die Juristen zunächst auf den Mangel einer vollen akademischen Bildung, ein Mangel, der aber die Prüfung um so schwieriger macht und vom einzelnen nicht befreit werden kann. Sodann werden die Volkswahlprüfungen, unter denen das politische Wissen keineswegs den Hauptbestandteil bildet, sehr untergeordnet. Das Bedürfnis überlegende Wandlung zur höheren Prüfung veranlaßt teilweise noch deren Verschärfung. Das Bedürfnis von Juristen ohne fachliche Vorbildung in die höchsten Stellen der Volkswahlprüfung hat erforderlich ihre Schärfe der Anforderungen nicht gelindert. Besonders aber hat das Widerstandsrecht in der Volkswahlprüfung das Urteil der Juristen beeinflusst. Ein Jurist wird kaum eine Kaufbahn als eine höhere anerkennen, die nach beendeter Staatsprüfung durch Subalternstellen führt und zum Teil in solchen endigt. Wenn ein Jurist seine Leistungen als Direktor und Unterstaatssekretär für ausreichend erachtet, so erklärt sich dies daraus, daß in der Volkswahlprüfung auch eigentliche Fachmänner nur vereinzelt an der Prüfung beteiligt waren. Die meisten höheren Volksbeamten haben schließliche verantwortliche Stellen — Völkner und Oberstaatssekretäre — nicht gekübelt, den naturgemäßen Weg von der kleineren zur größeren Selbständigkeit nicht zurückgelegt und darum die Bedürfnisse des Massenbetriebes und die besten Art ihrer Weiterbildung nicht näher kennen gelernt. Daraus erklären sich die Widersprüche und die nie verkümmerten Klagen. Die einzelnen Fälle finden vom Schiedsgericht aus ihre mehr oder weniger geschickte Erledigung, aber die Verbesserung des Ganzen zeigt sich nicht. Die Frage, ob durch die Zulassung von Juristen zur Leitung Vorkette oder Nachstelle empfohlen sind, ist nicht bestimmt zu beantworten, weil der Vergleichsmaßstab fehlt. Allgemein aber ist anzunehmen, daß ein gründlich ausgebildeter Fachmann in Stellen, wo die genaue Sachkenntnis fordern, mehr leisten wird, als ein Nichtfachmann.

Die deutschen Kaufleute und das Deutschtum im Ausland. Die Hamburger „Börse-Zeitung“, die sich ja ausschließlich die Förderung der deutschen Handelsinteressen zur Aufgabe gemacht hat, hat kürzlich darüber, daß unsere Handelskammern, unsere Kaufleute und Industriellen viel zu wenig zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland täten, wie sie es durch tatkräftige Unterstützung der Verbündeten des Allgemeinen Deutschen Schularbeits Komitees und dessen. Nur in den Handelsstädten könne man in den Kreisen des Handels ein etwas besseres Verständnis dafür, daß gerade unsere Kaufleute mit ihrer Mitarbeit auf diesem Felde nationaler Arbeit ihre eigenen Interessen fördern. Dazu schreibt nun der „Tag. Welt.“ ein banalisches Resümee, daß leider auch dort diese Einsicht noch lange nicht tief und allgemein genug sei.

Über das russische Epizelwesen in Deutschland wird der „D. Z.“ geschrieben: Wer die Rede des Staatssekretärs Jhrju. v. Nischkoffen hörte, mit der er die „neutrale“ Haltung der deutschen Regierung zu dem Erleben russischer Epizel in Deutschland begründete und verteidigte, konnte sich das unbehagliche Gefühl nicht erwehren, daß der Staatssekretär keinen besonders glänzenden Tag hatte und daß doch noch Worte von Behauptungen unüberlegt dabeien, die sich nicht einfach durch sein „Ja“ oder „Nein“ aus der Welt schaffen lassen. Was man immer sagen, daß die russischen Anarchisten und „Revolutionäre“, die unsere Gutsfreundschaft in Anspruch nehmen, nicht alle einwandfreie Charaktere sind, eines darf man doch nicht vergessen, nämlich, daß „Revolutionäre“ in Rußland eine weitestgehend andere Bedeutung als jetzt bei uns haben und daß auch in Preußen Leute wie Fritz Reuter, Gottfried Kinkel u. a. zu schweren Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Genügend angefüllt scheint auch die Frage des Eintrucks des russischen Polizeiamtes in die Wohnung friedlicher Leute nicht zu sein. Man nimmt deshalb in den Kreisen der Regierungsmehrheit für die Reichstages an, daß diese Angelegenheit für die Regierung noch nicht abgeklärt ist, sondern daß sie die nächste Gelegenheit ergreifen wird, das weitere Material, das ihr noch zur Verfügung steht, dem Reichstages zu unterbreiten.

## Deutsches Reich.

Berlin, 23. Januar.

Die Arbeitervereine und die Sozialdemokratie. In den Arbeitervereinen bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß man auf dem alten Wege der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht weiter komme. Man ist allgemein der Überzeugung, daß man sich zu passiv verhalten und vor allen Dingen sich nicht genügend der Presse bedienen habe. Die Arbeitervereinspresse arbeitet nicht befriedigend für die höchsten unternehmenden Aufgaben der Vereine, und ihre Organisation habe bei den letzten Reichstagswahlen, wenn auch nicht verfehlt, so doch ungenügend gewirkt. Allgemein hält man es für nötig, die Jagdbestellung, mit der bisher in den politischen Kämpfen das Arbeitervereinsprogramm vertreten worden, zu überdenken. In Hessen sei man ohne Scheu bei den letzten Reichstagswahlen in die Feindschaft getreten, habe Kampfschriften gegen die Sozialdemokratie verteilt, energische Kreuze gegen sie erlassen und große Erfolge damit erzielt. Die Organisation der Arbeitervereine habe, so wird weiter hervorgehoben, durch diese Vorarbeiten in die Feindschaft nicht im geringsten gelitten, man müsse daher auf diesem Wege weiter vorgehen. Auf der nächsten Vertreterversammlung des Arbeitervereins-Bundes der deutschen Arbeitervereinsvereine wird man diese Angelegenheit weiter verfolgen und speziell der Errichtung eines Freidruckes der deutschen Arbeitervereinsvereine näher treten.

Über die Verwendung von Juristen in der Volkswahlprüfung verbreitet sich in der „D. Z.“ ein Artikel „Deutsche Stimmen“ (Berlin, Verlag von G. Volk & Co.). Herr v. Rheinbaben ist ein interessanter historischer Rückblick zu folgenden beachtenswerten Bemerkungen: „Der Jurist vermag nicht mit dem Volkswahlamt zu denken und zu fühlen, dessen Stimmung und Bedürfnisse nicht zu erkennen. Die